

Einzureichen an:

Von der Investitionsbank auszufüllen

Investitionsbank Sachsen-Anhalt  
Innovation und Technologie  
Domplatz 12  
39104 Magdeburg

Eingangsdatum



Kd-Nr.:

**Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Gewährung eines Zuschusses / einer Zuweisung aus dem Programm**

**ego.-KONZEPT**

**(Finanzplanebene 21.08csz02.07.1)**

gemäß der Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von innovativen Maßnahmen und Einzelprojekten zur Sensibilisierung und Unterstützung von Existenzgründern (ego.-KONZEPT) bzw. gemäß der Fördergrundsätze zur Gewährung projektbezogener Zuweisungen an die Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt zur Förderung von innovativen Maßnahmen und Einzelprojekten zur Sensibilisierung und Unterstützung von Existenzgründern (ego.-KONZEPT)

**1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN**

Name /Hochschule/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister)

Gründungsdatum\*

Straße, Hausnummer

Vorwahl/Rufnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)

Vorwahl/Rufnummer/Fax

E-Mail

Vorsteuerabzugsberechtigt?

Ja

Nein

teilweise mit

%

**Rechtsform\***

GmbH

AG

Verein

Körperschaft ö. R.

Sonstige

\* nicht anzugeben bei Kommunen

Hinweis:

Wenn das Projekt von mehreren Antragstellern gemeinsam durchgeführt wird, ist die Anlage „Angaben zu einem weiteren Antragsteller“ für jeden Antragstellenden ausgefüllt beizufügen.

**2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN**

**2.1 Vorhabensbezeichnung**

Titel des Vorhabens

**2.2 geplante zeitliche Dauer**

Beginn des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

geplantes Ende des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr



SACHSEN-ANHALT



EUROPÄISCHE UNION

ESF

Europäischer  
Sozialfonds

(Stand: 22.07.2019)

### 2.3 Beantragung einer Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn (sofern zutreffend)

Nein

Ja

geplanter Maßnahmenbeginn

Tag/Monat/Jahr

Begründung

**Hinweise:**

Die Genehmigung zum vorzeitigen Beginn erfolgt mit gesondertem Schreiben. Wir weisen bereits darauf hin, dass trotz Ausnahme-genehmigung Bewilligungen nur im Rahmen der jeweils verfügbaren Haushaltsmittel ausgesprochen werden. Insofern tragen Sie das volle finanzielle Risiko, sollte die Förderung nicht oder nicht in der beantragten Höhe bewilligt und ausgezahlt werden.

Bitte beachten Sie, dass das Datum nicht vor dem Posteingang dieses Antrages bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt liegen darf, da eine Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn nicht rückwirkend erfolgen kann.

### 2.4 Ziele des Vorhabens (Indikatoren)

Nr. des Indikators	Bezeichnung des Indikators	Maßeinheit	
ESF – PO0301	Teilnehmerinnen/Teilnehmer (Personen) / weiblich	Anzahl	<input type="text"/>
ESF – PO0302	Teilnehmerinnen/Teilnehmer (Personen) / männlich	Anzahl	<input type="text"/>
ESF – PR0301	Teilnehmende, die am Ende der Maßnahme selbstständig sind / weiblich	Anzahl	<input type="text"/>
ESF – PR0302	Teilnehmende, die am Ende der Maßnahme selbstständig sind / männlich	Anzahl	<input type="text"/>

**Hinweise:**

Definition der Indikatoren ESF – PR0301 bzw. PR0302: Die Teilnehmenden sind bis zu einem Monat nach Austritt aus der Maßnahme als Selbstständige tätig (Erwerbstätige, auch Selbstständige)

Definition Erwerbstätige/Selbstständige: Personen, die einer bezahlten Tätigkeit nachgehen, also alle abhängig Beschäftigten (Arbeiter/-innen, Angestellte, Beamte, betriebliche Auszubildende, Berufssoldaten), unabhängig davon, ob sie sozialversicherungspflichtig oder geringfügig beschäftigt, und die nicht zeitgleich arbeitslos gemeldet sind sowie alle Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen.

Die Teilnehmer sind nach Geschlechtern getrennt zu erfassen.

### 2.5 Abfrage Nettoeinnahmen (nur durch Hochschulen auszufüllen)

Werden während der Durchführung des Vorhabens Nettoeinnahmen (z. B. Teilnehmergebühren) nach Art. 65 (8) VO 1303/2013 erwirtschaftet?

Nein

Ja – voraussichtliche Höhe der Einnahmen in Euro

### 3. BESTÄTIGUNG DES PROJEKTRÄGERS ZU DEN TEILNEHMENDEN (Bitte Zutreffendes ankreuzen)

**Hinweis:**

Der geografische Wirkungsbereich der Projekte muss sich auf das Land Sachsen-Anhalt beziehen. Sie dürfen daher nur Teilnehmende in das Projekt aufnehmen, deren Unternehmen ihren Betriebssitz oder eine Betriebsstätte in Sachsen-Anhalt haben oder die beabsichtigen, ihren Betriebssitz oder eine Betriebsstätte in Sachsen-Anhalt zu errichten. Ist bei Projekten nach Nummer 2.1 Buchstabe a), b), d) oder e) der Richtlinie/Fördergrundsätze nicht feststellbar, wo sich der Sitz der künftigen Unternehmen befinden wird, muss der Wohnsitz der Teilnehmenden in Sachsen-Anhalt sein.

Des Weiteren haben Sie dafür Sorge zu tragen, dass regelmäßig nur Teilnehmende zu den geförderten Projekten zugelassen werden, deren Existenzgründung nicht länger als fünf Jahre zurück liegt.

Die Einhaltung der Zugangsvoraussetzungen muss der Projektträger anhand geeigneter Unterlagen für jeden Teilnehmenden jeweils zum Datum des Eintritts in das Projekt überprüfen. Die Zugangsvoraussetzungen der Teilnehmenden werden im Falle der Bewilligung des Vorhabens zu Bestimmungen des Zuwendungsbescheides/Zuweisungsschreibens. Die Einhaltung ist durch den Projektträger über die gesamte Laufzeit sicherzustellen.

Darüber hinaus sind Sie als Projektträger verpflichtet, bei der Auswahl der Teilnehmenden die Bestimmungen der De-minimis-Verordnung VO (EU) 1407/2013 zu beachten. Insbesondere haben Sie zu prüfen, dass keine Unternehmen von der Förderung partizipieren, die Tätigkeiten in den von der Anwendung ausgenommenen Bereichen nachgehen und dass die De-minimis-Schwellenwerte in Höhe von 200.000 EUR bzw. 100.000 EUR nicht überschritten werden (siehe Anlage zur Richtlinie bzw. zu den Fördergrundsätzen oder auch Leitfaden für Projektträger bei der Gewährung von De-minimis-Beihilfen nach der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013).

- Es werden regelmäßig nur Teilnehmende zu dem Projekt zugelassen, deren Existenzgründung bei Eintritt in das Projekt nicht länger als fünf Jahre zurückliegt. [Ausnahmen sind gesondert zu erläutern.]
- und
- Die Unternehmen der Teilnehmenden haben ihren Betriebssitz oder eine Betriebsstätte in Sachsen-Anhalt.
- oder
- Die Teilnehmenden, den Betriebssitz oder die Betriebsstätte in Sachsen-Anhalt beabsichtigen.
- oder
- Der Wohnsitz der Teilnehmenden liegt in Sachsen-Anhalt. [Es handelt sich um ein Projekt nach Nr. 2.1 Buchstabe a), b), d) oder e) der Richtlinie/Fördergrundsätze, bei dem nicht feststellbar ist, wo sich der Sitz der künftigen Unternehmen befinden wird.]
- und
- Es werden nur Teilnehmende zu dem Projekt zugelassen, die nicht in Bereichen tätig sind, die vom Anwendungsbereich der Demimis-Verordnung ausgenommen sind. Die Einhaltung der o.g. Schwellenwerte wird von uns geprüft.

#### 4. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste ego.-KONZEPT.

#### 5. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

- a) **Gilt für alle Antragstellenden außer Hochschulen:** Mir/Uns sind die geltenden „Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von innovativen Maßnahmen und Einzelprojekten zur Sensibilisierung und Unterstützung von Existenzgründern“ – RdErl. des MW vom 07.04.2015 (MBI. LSA Nr. 15/2015 vom 18.05.2015, Seite 257 ff.) und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder – sofern einschlägig – die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-P/ANBest-Gk werden anerkannt.
- b) **Gilt nur für Hochschulen:** Mir/Uns sind die geltenden „Fördergrundsätze zur Gewährung projektbezogener Zuweisungen an die Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt zur Förderung von innovativen Maßnahmen und Einzelprojekten zur Sensibilisierung und Unterstützung von Existenzgründern“ (MW vom 07.04.2015) und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuweisung nach § 34 LHO nicht besteht und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Fördergrundsätzen werden anerkannt.
- c) Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben habe(n) ich/wir noch nicht begonnen und werde(n) auch nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides/des Zuweisungsschreibens beginnen, es sei denn, ich/wir erhalte(n) auf Antrag eine schriftliche Genehmigung zum vorzeitigen Vorhabensbeginn. Mir/uns ist bekannt, dass als Vorhabensbeginn grundsätzlich bereits der verbindliche Abschluss eines Lieferungs- oder Leistungsvertrages im Zusammenhang mit dem Vorhaben anzusehen ist.
- d) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses/der beantragten Zuweisung gesichert. Die zu erwartenden Folgekosten können von mir/uns finanziert werden.
- e) **Gilt für alle Antragstellenden außer Hochschulen:** Ich bin/Wir sind zahlungsfähig und gegen mich/uns steht ein Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich verpflichte mich/wir verpflichten uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.
- f) Ich versichere/wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- g) Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- h) Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- i) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Anlage Ausgaben- und Finanzierungsplan zu diesem Antrag) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.
- j) Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, die Vorschriften des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) zu beachten.
- k) Ich/Wir versichere/versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegen-über diesen Angaben eintreten.
- l) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/ Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.
- m) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- n) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung).
- o) **Gilt nur für Hochschulen:** Ich/Wir erkläre(n), dass die beantragte Zuweisung nur für Vorhaben genutzt werden, die über den durch die öffentliche Hand grundfinanzierten Bereich hinaus gehen.

- p) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs:** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1., 2.2., 2.3., 2.4., 2.5. und 3. sowie 5.a), 5.b), 5.c), 5.d), 5.e), 5.f), 5.g), 5.h), 5.i), 5. k) und 5.o) dieses Antrages und die Angaben in den gemäß der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste Ziffern 1., 2., 3., 4., 5., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18. und 19. beizufügenden Unterlagen. Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

## 6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

### 6.1 Publikation

Im Falle der Bewilligung erkläre(n) ich mich/wir uns damit einverstanden, dass mein/unser Vorhaben mit Vorhabens relevanten Daten gemäß Nr. 1 des Anhangs XII der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 vom Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht werden.

### 6.2 Werbeeinverständnis

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Werbezwecken erteilen möchten und Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-)Förderung aus.

- a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person

Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

**Zweck der Analyse der Daten zur Person:** Die IB berät, betreut und informiert mich möglichst passgenau, z. B. über für mich geeignete neue Förderprodukte der IB.

**Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.**

- b) Einwilligung in Werbemaßnahmen der IB

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

per Post       telefonisch       per E-Mail

### 6.3 Hinweise zur Datennutzung

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

Für Teilnehmende ist zusätzlich zur Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ die Erklärung des Teilnehmenden aus dem Teilnehmenden-Fragebogen zu nutzen.

## UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)